

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtausgabe: Nachrichten Dresden  
Preisnehmer-Nummernnummer: 22841  
Nur für Nachrichten: Nr. 20011  
Schiffvermittlung u. Dampfbootverkehr:  
Dresden-K. 1, Marienstraße 22/23

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. September 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Post 1,70 RM.  
Wochenzugabe für Monat September 2,40 RM. ohne Postzusatzgebühr. Einzelnummer 10 Pf.  
Kupferdruck 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Aufwand berechnet;  
die einseitige 30 mm breite Seite 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Samstagsausgaben und Stellen-  
angebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklamenseite 200 Pf., außer-  
halb 250 Pf. Offertengelder: 20 Pf. Kautionskauträge gegen Vorausbestellung

Draht u. Verlag: Kapitz & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1088 Dresden  
Nachdruck nur mit besond. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Erste Räumungsaussprache

### Müller bei Briand - Nur eine vorbereitende Besprechung

Genf, 5. Sept. Der Reichskanzler Müller begab sich Mittwochsabend 6,30 Uhr in Begleitung des Dolmetschers der deutschen Delegation, Dr. Schmidt, sowie eines höheren Beamten der Reichskanzlei in das Hotel des Bergues, um dem französischen Außenminister den vereinbarten Besuch abzustatten. Der Unterredung hat außer dem Reichskanzler und Briand nur der Dolmetscher beigewohnt. Ueber den Inhalt der Unterredung ist kein amtliches Kommuniqué ausgegeben worden. Dagegen wurde von der deutschen Delegation folgende offizielle Mitteilung gemacht: „Zwischen Reichskanzler Müller und dem französischen Außenminister fand Mittwochsabend eine Unterredung statt, deren Gegenstand Frankreich und Deutschland betreffende Probleme (Rheinlandräumung) bildeten. Die Besprechung, die 1 1/2 Stunden dauerte, hatte der Natur der Sache nach einen vorbereitenden Charakter. Es besteht beiderseits der Wunsch, daß weitere Besprechungen mit den Besatzungsmächten in Genf folgen.“

Sogleich nach der Unterredung fand ein Empfang der französischen Presse beim Außenminister Briand statt, in dem betont wurde, daß es keine offiziellen Verhandlungen gegeben seien, sondern nur eine Konversation. Es besteht beiderseits der Wunsch, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer mehr geklärt würden. Das gesamte Problem bilde ein Ganzes und müsse erst mit den vier anderen daran beteiligten Mächten erörtert werden, ehe diese Besprechungen den Charakter von Verhandlungen annehmen könnten. Der französische Außenminister würde selbstverständlich dem Reichskanzler einen Gegenbesuch abstatten.

Die Unterredung zwischen Müller und Briand wird in Völkerverbindungen allgemein als eine einleitende Unterredung aufgefaßt, der in den nächsten Tagen eine Aussprache zwischen den Besatzungsmächten England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan und dem deutschen Reichskanzler folgen wird. Dabei wird Briand

den bekannten französischen Standpunkt voraussichtlich von neuem darlegen.

Der Genfer Sonderkorrespondent des „Evening Standard“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß sich Entwicklungen von größter Bedeutung im Zusammenhang mit der Besatzungsfrage anbahnen. Auf englischer Seite sei man über den Gang dieser Besprechungen genügend unterrichtet und der britische Hauptdelegierte Lord Cushendun habe auch den Ministerpräsidenten Baldwin informiert. Eine aktive Rolle werde die britische Delegation nicht spielen, sondern sich auf eine passive, aber wohlwollende Haltung gegenüber den deutschen Anstrengungen beschränken.

### Englische Inoffizialität gegen den Kanzler

Wer muß den ersten Schritt tun?

Genf, 5. Sept. In Kreisen der englischen Abordnung wird gegenwärtig darauf hingewiesen, daß bisher von deutscher Seite keinerlei Initiative ergriffen worden sei, um eine Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler Müller und Lord Cushendun herbeizuführen. Man weist hierbei darauf hin, daß nicht die Absicht bestehe, von englischer Seite Schritte zu ergreifen, um eine Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern zustande zu bringen.

Dazu kann von deutscher Seite zunächst darauf hingewiesen werden, daß Cushendun lediglich stellvertretender englischer Außenminister ist, während der deutsche Abordnungsführer Reichskanzler ist. Somit hätte der Vorschlag der Inoffizialität nach zunächst Lord Cushendun die notwendigen Schritte für eine Zusammenkunft mit dem deutschen Reichskanzler ergreifen müssen. Ferner kann darauf aufmerksam gemacht werden, daß die englische Abordnung die Führung in den kommenden Rheinlandverhandlungen eindeutig der französischen Abordnung überlassen hat. Von englischer Seite ist hierüber keinerlei Unklarheit gelassen worden. Somit kann für das deutsche Interesse keine dringende Notwendigkeit bestehen, vor den Verhandlungen mit der französischen Abordnung in Fühlungnahme mit der englischen zu treten.

## Wählerarbeit gegen das Reichsheer

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 5. Sept. Der heute im „Vorwärts“ von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Künstler veröffentlichte Artikel, in dem dieser nicht mehr und nicht weniger forderte, als die ganze deutsche Reichsmarine „als ein nutzloses, aber für den Steuerzahler um so kostspieligeres Instrument“ einfach zu beseitigen, hat nicht nur in allen politischen Kreisen großes Aufsehen, sondern auch vor allem im Reichswehrministerium die peinliche Ueberrückung hervorgerufen.

Besonders unangenehm soll der Eindruck dieses Artikels auf den Reichswehrminister Groener selbst gewesen sein, für den sich jetzt immer deutlicher ergibt, daß mit der Sozialdemokratie keinerlei den deutschen Interessen gerecht werdende Wehrpolitik zu treiben ist. Diese Tatsache soll den Reichswehrminister um so unangenehmer berühren, als er ja mit seinen persönlichen politischen Ansichten ziemlich weit links steht und zudem auch darauf verweisen kann, daß er schon manches getan habe, um zu zeigen, daß bei ihm bis zu einem gewissen Grade die Wünsche der Linksparteien Berücksichtigung finden.

Mit dem Artikel des Abg. Künstler dürfte allerdings die Grenze für das Eingehen auf Linksforderungen weit überschritten sein. Mit voller Berechtigung erklärt man von Seiten des Reichswehrministeriums, daß die Konsequenzen der Künstlerischen Forderung

die Beseitigung auch der Reichswehr sein müßte. Deutschland müßte, unge es nach Herrn Künstler, eben auf jedes militärische Machtmittel verzichten. Das würde nichts anderes bedeuten, als daß es sowohl nach außen als auch nach innen jeder Gefahr vollkommen schutzlos preisgegeben wäre. Wenn man auch im Reichswehrministerium ein Eingehen auf die Gründe Künstlers für seine Forderung nach Beseitigung der Reichsmarine als unmöglich ansieht, da der sozialdemokratische Abgeordnete Auffassungen vertritt, über die einfach nicht mehr diskutiert werden könne, so weist man doch auf zwei Punkte hin, die für jeden vernünftigen Menschen einleuchtend genug sind, um die Lebensnotwendigkeit der Reichsmarine zu beweisen, den

Schutz der deutschen Küsten und den Schutz Ostpreußens. Man erklärt, daß im Falle eines kriegerischen Ueberfalls auf Ostpreußen dieses deutsche Land ohne die Reichsmarine gänzlich verloren wäre. Die Zufuhr von Munition und der Transport von Reichswehrmannschaften zur Verstärkung der in Ostpreußen stehenden Reichswehr wäre in einem solchen Falle doch nur auf dem Wasserwege möglich. Für jeden Einseitigen, so erklärt man, läge es auf der Hand, daß man dazu nicht gänzlich unbedenkliche Kesseltransportmittel gebrauchen könne. Jedenfalls gibt man sich auch im Reichswehrministerium keiner Täuschung mehr darüber hin, daß mit der Sozialdemokratie die Zusammenarbeit auf militärpolitischem Gebiet über-

aus schwer ist. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Auffassungen, die heute der Abg. Künstler im „Vorwärts“ vertritt, von der Gesamtpartei oder der Gesamtfraktion geteilt werden, so zeigt die Tatsache, daß solche Ansichten im Zentralorgan der Partei zur Veröffentlichung gelangen können, doch deutlich genug, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie ein heilloses Durcheinander ergeben hat, das die Haltung der Partei bei militärpolitischen Entscheidungen natürlich auf das Ungünstigste beeinflussen muß. In den politischen Kreisen weist man zu den Ausführungen des Abg. Künstler vor allem darauf hin, daß es für jeden einsichtigen Politiker sich jetzt immer mehr ergebe, daß

„sowohl unsere Reichswehr als auch unsere Reichsmarine der Grundstock für die deutsche Verteidigung sei.“

die wenigstens so weit gehen müsse, daß sie genüge, um die deutschen Grenzen und die deutsche Küste wirksam gegen Ueberrückungen zu schützen. Man erklärt, daß nach dem kläglichen Scheitern der jahrelang erfolglos betriebenen Abrüstungsbestrebungen eines Tages Deutschland doch nichts anderes übrig bleiben würde, als die Forderung nach Aufrüstung zu stellen. Mit solchen realpolitischen Notwendigkeiten würde es sich aber schlecht vertragen, wenn man Leuten wie Künstler folgte und die geringe Wehrfähigkeit, die Deutschland durch den Friedensvertrag befallen wurde, vollkommen zerstört, bloß weil das besser in das Agitationsprogramm einer politischen Partei passe.

### Die Demokraten in der Spur der Sozialisten

Berlin, 5. Sept. Der Vorstand der Demokratischen Partei für Berlin besaßte sich gestern im Beisein des Reichsjustizminister Koch-Weser mit den politischen Vorgängen der letzten Zeit. Ein Antrag, der Vorstand möge sein Bedauern darüber ausdrücken, daß auch die demokratischen Minister für den Panzerkreuzerbau abgelehnt worden, wurde von der Mehrheit abgelehnt, ebenso ein Antrag gegen spätere Bewilligungen für den Schiffsbau. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, in der es heißt: „Der Vorstand erwartet von der Fraktion im Reichstag und Landtag, daß energisch an die Durchführung der Versprechungen gegangen wird, die der Wählerchaft auf den staatsrechtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Gebieten gemacht worden sind.“ Der Vorstand schloß sich den Darlegungen des Ministers Koch an, daß die Demokraten im Kabinett nicht gegen den Panzerkreuzerbau stimmen könnten, nachdem die Sozialdemokraten sich dafür erklärt hätten. Es sei notwendig, freie Hand für die Vollendung des Panzerkreuzerbaues zu behalten. Ein Beschluß, die bewilligten sieben Millionen zu verbauen und auf die Vollendung des Schiffbaues zu verzichten, würde in der ganzen Welt als ein Schilddrüsenstückchen betrachtet werden

## Gewerkschafts- oder Agitationsgeist?

Die freien, auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung stehenden Gewerkschaften bilden ohne Frage eine bedeutsame Macht in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gebietet für sich allein über ein wohlgeübtes Heer von 4 1/2 Millionen Arbeitern, und dazu kommen dann noch als stets Hilfsbereite Reserven die beiden sozialistischen Spitzenorganisationen der Angestellten- und Beamtenverbände. Es ist daher für unsere innere Politik von Bedeutung, wie sich die freien Gewerkschaften weiterentwickeln, ob sie ganz im Zielwasser der politischen sozialdemokratischen Partei liegen und den Hauptnachdruck auf die agitatorische Betätigung im Klassenkämpferischen Sinne legen oder ob sie sich mehr von den Gesichtspunkten praktischer Arbeit zur Hebung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft leiten lassen. Der verstorbene Legien, der größte Führer, den die Gewerkschaften gehabt haben, kämpfte in richtiger Erkenntnis der eigentlichen Aufgabe der Gewerkschaften für ihre Unabhängigkeit von der politischen Partei und setzte seinen Standpunkt in manchem harten Strauß durch. Auf der ersten Stufe ihres Daseins waren die Gewerkschaften nur ein zur Unschönheitsrolle verurteiltes Anhängsel der Partei gewesen, welche die gewerkschaftlichen Klassen auszuheilen pflegte, wenn sie machtpolitische „Kraftproben“ gegenüber den Arbeitgebern durch das Anzetteln leichtfertiger Ausstände veranlassen wollte. Wegen dieses Mißbrauch der gewerkschaftlichen Bewegung lehnte Legien sich auf und erfrucht die Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Partei, so daß die gewerkschaftlichen Gelder fortan nur ihren natürlichen Zwecken zugute kamen und nicht mehr der Gefahr unterlagen, für von der Parteileitung befohlene Streiks verstreut zu werden. Auf dieser Grundlage erwuchs unter Legiens kluger und gemäßigter Führung die Macht der freien Gewerkschaften. Auch heute noch ist in der Weisheit der Gewerkschaften ein Unterschied gegenüber der politischen Partei unverkennbar; das merkt jeder, der die beiderseitige Presse verfolgt. Die sorgfältige Beschäftigung mit praktischer Arbeit und ein gewisser im gewerkschaftlichen Beamtenapparat liegender Beharrungsdrang, den man in seiner Art als ein konservatives Moment im Vergleich mit dem Radikalismus der politischen Partei bezeichnen kann, brücken der Gewerkschaftsbewegung einen besonderen Stempel auf, der sie immer noch von der politischen Sozialdemokratie unterscheidet. Immerhin ist nicht zu leugnen, daß sich in der Nachkriegszeit eine merkliche Annäherung der beiden Gruppen vollzogen hat, so daß auch die Gewerkschaften heute der Macht der politischen und sozialen Phrase weit mehr unterliegen, als es unter Legien der Fall war.

Einen Beweis hierfür gibt der Umstand, daß auf dem Hamburger Kongress an Stelle von unmittelbar die gewerkschaftlichen Aufgaben und Interessen behandelnden praktischen Fragen doktrinaire Thematika behandelt werden, welche die Macht des gewerkschaftlichen Sozialismus und seine letzten Ziele zu beleuchten bestimmt sind, darunter als Hauptkapitel die Wirtschaftsdemokratie, die im Sinne einer Organisation der gesamten Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage verwirklicht werden soll. Die Leitung auf diesem Wege wird für die Gewerkschaften in Anspruch genommen. Im einzelnen werden weitgehende Forderungen aufgestellt, die zu diesem Ziele führen sollen, wie Ausbau und Selbstverwaltung der Sozialversicherung, erweitertes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe, gewerkschaftliche Kontrolle der Monopole und Kartelle, Ausgestaltung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe, also Förderung des Prozesses, der den Staat als Unternehmer zum Konkurrenten der Privatwirtschaft macht, und so fort noch verschiedene andere Wünsche, deren reiflose Erfüllung von der freien bürgerlichen Wirtschaftsordnung kaum noch etwas übriglassen würde. Das bedeutet offenbar ein Einschwenken in die Linie der politischen Agitation zur Erzielung einer suggestiven Wirkung auf die Massen, denen vorgepiegelt werden soll, daß der sozialistische Zukunftsstaat, den die Sozialdemokratie auf dem Wege der Politik nicht zu verwirklichen vermochte, nunmehr aus den Händen der Gewerkschaften den Arbeitern gesendet werden soll. Die Gewerkschaften wollen der politischen Partei, die in der Reichsregierung so arg schlief gebunden hat, zu Hilfe zu kommen, indem sie den enttäuschten Massen die Aussicht auf die mit gewerkschaftlicher Unterstützung zu vollziehende Demokratisierung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne eröffnen.

Bei einer solchen agitatorischen Einstellung muß der sachliche gewerkschaftliche Gehalt der Hamburger Erörterungen notgedrungen Schaden leiden. In welchem Maße das der Fall ist, geht besonders deutlich aus der Tatsache hervor, daß sich auf der Hamburger Tagesordnung eine die Arbeiterinteressen so einschneidend berührende Frage, wie der Beginn der Dawes-Normaljahre am verflorenen 1. September, nicht vorfindet. Gerade hier hätten die heutigen Gewerkschaftsführer eine vorzügliche Gelegenheit gehabt, zu beweisen, daß sie auch einmal den Mut aufbringen können, gegen den Stachel der Parteigewaltigen zu lösen, wenn es gilt, der Wahrheit im richtig verstandenen Interesse der Arbeiterschaft die Ehre zu geben. Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang an eine Episode zu erinnern, die sich im Dezember vorigen Jahres abspielte. Ein sachliches linkssozialistisches Blatt sah sich damals genötigt, die Aufschrift eines sozialistischen Arbeiters abzudrucken, worin dieser erklärte,